presse

Keine Eishockeyweltmeisterschaft in Weißrussland

Nach den umstrittenen Hinrichtungen in Weißrussland hat der internationale Eishockeyverband IIHF seine 70 Mitgliedsverbände aufgefordert, das Für und Wider der Ausrichtung einer Weltmeisterschaft in der letzten Diktatur Europas auf die Tagesordnung zu setzen. Dazu erklären die stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Axel Schäfer und Christine Lambrecht, der sportpolitische Sprecher Martin Gerster sowie die zuständige Berichterstatterin Dagmar Freitag:

Axel Schäfer, Christine Lambrecht und Dagmar Freitag bitten den Deutschen Eishockey-Bund und seinen Präsidenten, sich dafür einzusetzen, die Ausrichtung der Weltmeisterschaft 2014 in Minsk wieder rückgängig zu machen. Der weißrussische Diktator Lukaschenko wird diese Titelkämpfe nur für die Legitimation seiner Macht ausnutzen.

Weißrussland unterdrückt die Menschenrechte brutal, Demonstrations- und Meinungsfreiheit sind in keiner Weise gewährleistet, zahlreiche Oppositionelle, auch Sozialdemokraten, befinden sich widerrechtlich in Haft. Als einziges europäisches Land wendet es die Todesstrafe an - so die jüngsten Fälle, die kalter staatlicher Mord sind.

Wir respektieren und sichern die Unabhängigkeit des Sports und wissen zugleich um das Ethos des DOSB und der Sportverbände in unserem Land. Deshalb bitten wir den Deutschen Eishockey-Bund und seinen Präsidenten Uwe Harnos, sich auf dem IIHF-Kongreß im Mai 2012 in Helsinki dafür einzusetzen, die Ausrichtung der Weltmeisterschaft 2014 in Minsk wieder rückgängig zu machen. Der weißrussische Diktator Lukaschenko wird diese ersten Titelkämpfe nur für die Legitimation seiner Macht ausnutzen.

Wir sind der Meinung, dass auch die große Mehrheit der Sportlerinnen und Sportler sich nicht gerne von einem blutigen Diktator auszeichnen lassen wollen. Wir wissen, dass Herr Lukaschenko bisher auf Appelle nicht reagiert hat. Deshalb müssen solche Möglichkeiten wie die Nicht-Durchführung von sportlichen Großereignissen in dem von ihm beherrschten Land genutzt werden, sich gegen die Herrschaft des Unrechts zur Wehr zu setzen.

Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie bei ihren sportpolitischen Gesprächen auf nationaler wie internationaler Ebene darauf hinwirkt, Entscheidungen für die Vergabe von Sportgroßereignissen an totalitäre Regime zu verhindern.